



Württembergisches Wort zur Interkulturellen Woche 2020

Die Interkulturelle Woche steht in diesem Jahr unter den erschütternden Eindrücken der Brände im Flüchtlingslager Moria und dem Elend der geflüchteten Menschen dort. Anlässlich der Interkulturellen Woche erinnern wir in diesem Jahr auch an die Europäische Menschenrechtskonvention, die vor 70 Jahren vom Europarat beschlossen wurde. Der damit verbundene Anspruch, politisch Maß zu nehmen an der Würde jedes einzelnen Menschen, wird seit Jahren durch die Abschottungspolitik Europas und das Versagen menschenwürdiger Lösungen konterkariert. Gerade am Umgang mit Schutzlosen und Benachteiligten muss sich der Wertekanon Europas und seiner Mitgliedsstaaten bewähren. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft steht jetzt in der Pflicht, Verantwortung zu übernehmen, und die Weichen für eine menschenwürdige Aufnahme schutzsuchender Menschen neu zu stellen sowie unverzüglich mit der Umsetzung zu beginnen.

ZUSAMMEN LEBEN, ZUSAMMEN WACHSEN, das ist das Motto der diesjährigen Woche. An vielen Orten dieser Welt haben Menschen in den letzten Monaten verstärkt Solidarität gezeigt und in ihrem Einsatz für die Gesundheit aller Menschen das Motto der Interkulturellen Woche in besonderer Weise akzentuiert. Wie eng Wohlergehen, Schutz aber auch Gefährdung der Menschen weltweit zusammenhängen, wurde durch die Covid-19- Pandemie mehr als offensichtlich.

Wir sind dankbar für alle Mitmenschlichkeit, Solidarität und Zuversicht, die in dieser Zeit gewachsen sind – in den Nachbarschaften, in Schulen und am Arbeitsplatz, in Krankenhäusern und Pflegeheimen, im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften – und nicht zuletzt bei und mit all denen, die das tägliche Leben und die tägliche Versorgung aufrecht erhalten haben.

Bei weitem nicht alle Menschen konnten sich in dieser Ausnahmesituation gesichert und getragen erleben – am wenigsten die, die bereits zuvor benachteiligt oder schutzlos waren: Menschen ohne Wohnung, Haushalte mit geringem Einkommen, Personen ohne Aufenthaltsdokumente. Auch weltweit gesehen betrifft die Pandemie armutsgefährdete und ausgegrenzte Menschen besonders schwer, insbesondere auch die Geflüchteten in den heillos überfüllten Lagern in der Ägäis, auf den Fluchtwegen über Meere und durch Wüsten, indigene Völker sowie die Millionen am Rande der Megastädte Südamerikas, Afrikas und Asiens. Soziale Unterschiede und Ungleichheiten werden durch die Pandemie sichtbar, soziale Verwerfungen kommen deutlicher zum Vorschein, Probleme bestimmter Gruppen hierzulande und weltweit werden verschärft. Wo unsere Kraft nicht ausreicht und wir als Kirche und Diakonie in dieser Situation nicht allen gerecht geworden sind, bitten wir um Vergebung.

Das Vorbild der vielen, die sich in Corona-Zeiten für andere Menschen einsetzen, kann unseren Blick weiten für die Haltung der sozialen und politischen "Compassion", wie sie der Freiburger katholische Theologe Johann Baptist Metz († 2019) ins Zentrum seiner Theologie gestellt hat. Gemeint ist damit eine existentielle Ansprechbarkeit für die Not und das Elend anderer Menschen. Diese "Mitleidenschaft" wurzelt tief in der biblisch-theologischen Tradition. Sie ist gegründet in der Erfahrung Gottes, der Menschen aus Unterjochung und Unfreiheit führt. Sie ist orientiert an der Passion Jesu Christi und seiner befreienden und erlösenden Liebe für alle Menschen. "Compassion" als weltberührende Kraft macht wach für Passionen von Menschen heutzutage. Sie bildet die Grundlage für tätige Liebe und Widerstand gegen die Ursachen allen unschuldigen Leidens in der Welt. Ungerechtigkeit, Armut, Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus dürfen uns niemals gleichgültig lassen. "Compassion" gibt uns auch die Kraft, die weltweiten Verflechtungen unseres Handelns und Wirtschaftens anzuerkennen und uns dafür einzusetzen, dass alle Menschen in Würde leben können.

Das Gemeinsame Wort der Kirchen auf Bundesebene erinnert in diesem Jahr an das Leiden Jesu Christi "draußen vor dem Tor" (Hebr 13,12-14). Nachfolgerinnen und Nachfolger dieses Christus sind aufgerufen, "zu ihm hinauszugehen vor das Lager". Bis heute ist der Messias gerade dort zu finden, er begegnet in denen, die "draußen" sind. Seine Gegenwart wirft ein Licht auf Menschen im Schatten – auf die im Schatten der Pandemie, im Schatten der Wohlstandskultur, im Schatten von Rassismus, im Schatten brutaler Macht, im Schatten einer rein gewinnorientierten Globalisierung.

"Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir" – heißt es im Zitat aus dem Brief an die Hebräer weiter.

Die zukünftige Stadt als Lebensort für alle Menschen suchen wir, indem wir uns als Kirche und Diakonie aktuell besonders einsetzen

 für die Seenotrettung geflüchteter Menschen, legale Flucht- und Migrationswege, eine großzügige Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland und Europa sowie für ein Landesaufnahmeprogramm in Baden-Württemberg.

Als Bündnispartner der Aktion United4rescue begleiten wir den Einsatz der See Watch 4 im Mittelmeer mit der Bitte um Gottes Schutz für Gerettete und Rettende. Es geht um das Recht auf Leben. Kein Mensch darf ertrinken müssen nur weil er Europa erreichen möchte, niemand darf widerrechtlich in Verhältnisse zurückgeführt werden, in denen wie in Libyen Tod, Folter und Ausbeutung drohen. Wir wenden uns entschieden gegen jede Diffamierung, Kriminalisierung und Hetze gegen all jene, die sich für geflüchtete Menschen engagieren.

Für die Anerkennung von Vielfalt und gegen Rassismus.

Die Erniedrigung von Menschen, Ausgrenzung und Rassismus dürfen keinen Platz in der Gesellschaft finden. Wir wollen sensibel sein für die Anfänge von Rassismus schon im Alltag und setzen uns dabei kritisch auch mit unseren eigenen Haltungen und Strukturen auseinander. Allen populistisch und rassistisch motivierten Ansätzen, die die Covid-19-Pandemie in Zusammenhang mit Migration, Flucht oder Minderheiten bringen, treten wir entschieden entgegen.

Für die Stärkung der Rechte mobiler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Ein menschenverachtender und ausbeuterischer Umgang mit Arbeitssuchenden und Mitarbeitenden steht im Widerspruch zur grundgesetzlich verbürgten Würde des Menschen sowie zur europäischen Säule sozialer Rechte. "Faire Arbeitsmigration" und die Garantie gerechter Arbeits- und Lebensbedingungen muss ein Thema in der Politik über die aktuellen Corona-Vorfälle hinaus bleiben.

• Für eine gerechte Verteilung der weltweiten Ressourcen sowie den nachhaltigen Umgang damit.

Bereits Mitte August waren die Reserven, die die Welt für das Jahr 2020 zur Verfügung hat, aufgebraucht. Wasser ist längst nicht mehr nur in den Ländern des Globalen Südens ein Problem, auch hierzulande leidet die Landwirtschaft unter der großen Trockenheit. Der Klimawandel schreitet unaufhörlich fort. Erfolgt hier nicht ein Umdenken, werden vor allem die Menschen im Globalen Süden anhaltenden Katastrophen ausgesetzt.

Vor 70 Jahre hat der Europarat die Europäische Menschenrechtskonvention beschlossen. Eine ungebrochene Orientierung an den Menschenrechten und Grundfreiheiten im europäischen Raum ist jedoch keineswegs durchgängig selbstverständlich. Unverrückbar aber steht der Anspruch, gesellschaftlich und politisch Maß zu nehmen an der Würde jedes einzelnen Menschen. Deshalb schauen wir als Kirche und Diakonie besonders dort hin, wo die Würde von Menschen angetastet und verletzt wird. Und deshalb setzen wir uns mit ganzer Kraft ein für eine offene Gesellschaft und gerechte Lebenschancen für alle Menschen.

Wir danken allen, die sich in diesem Sinn engagieren – den haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitenden in unseren Einrichtungen und Diensten, allen, die sich in zivilgesellschaftlichen und religionsverbindenden Netzwerken stark machen für Begegnung und gegenseitiges Verständnis, für Demokratie und Teilhabe, für Gerechtigkeit und Frieden.

Wir danken allen, die in diesem Geist die diesjährige Interkulturelle Woche unter erschwerten Bedingungen mitgestalten. Möge der Geist Gottes und sein Segen mit Ihnen sein.

Oberkirchenrat Prof. Dr. Ulrich Heckel Evangelische Landeskirche in Württemberg Oberkirchenrat Dieter Kaufmann Diakonisches Werk Württemberg